

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Inge Hannemann, Stephan Jersch, Cansu Özdemir,
Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: G20 – Welche Kosten kommen auf die Stadt zu?

Die Landeshaushaltsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg schreibt vor:

„Für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Dies sind für geeignete Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung Kosten-Nutzen-Analysen.“

Nach gegenwärtigem Sachstand wird sich die Bundesregierung im Haushaltsjahr 2017 pauschal mit einem Betrag von 50 Millionen Euro an den sicherheitsrelevanten Ausgaben für den OSZE-Ministerrat und dem G20-Gipfel in Hamburg beteiligen (vergleiche Drs. 21/8397)

Damit verbleiben die Kostenrisiken bei der Stadt. Folglich liegt es in der Verantwortung des Senats eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen oder zumindest eine Kostenschätzung vorzunehmen.

Zur Orientierung in der Diskussion: Die Kosten für die Sicherheitsmaßnahmen beim G20-Treffen im Jahre 2010 in Toronto betragen 575 Millionen kanadische Dollar.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Der Senat legt der Bürgerschaft bis zu deren Sitzung am 14. Juni 2017
 - a. eine Schätzung über die auf die Freie und Hansestadt Hamburg zukommenden Kosten sowie
 - b. die geplante Finanzierung aus dem Hamburger Haushalt vor.